



Herrn Bürgermeister  
Dr. Michael Heidinger  
Platz d'Agen 1  
46535 Dinslaken

Geschäftsstelle:  
Konrad-Adenauer-Haus  
Gartenstraße 41  
Telefon (0 20 64) 5 59 46  
Telefax (0 20 64) 5 51 53  
E-Mail: [fraktion@cdu-dinslaken.de](mailto:fraktion@cdu-dinslaken.de)  
Internet: <http://www.cdu-dinslaken.de>  
[facebook.de/CDU.Dinslaken](https://www.facebook.de/CDU.Dinslaken)

46535 Dinslaken, 02.12.2019

## **ANTRAG**

hier: Haushaltskonsolidierung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Heidinger,

die Verwaltung hat mit Vorlage Nr. 1951 „Kredit- und Investitionsbericht“ dargelegt, dass sich die Gesamtverschuldung der Stadt von derzeit 74 Mio. Euro bis zum Jahr 2023 auf rd. 214 Mio. Euro entwickeln wird. Dabei wird eine Netto-Neuverschuldung für Investitionsprojekte in Höhe von rd. 170 Mio. Euro zu Grunde gelegt. Aufgrund der Haushaltslage muss davon ausgegangen werden, dass die geplanten Investitionen vollständig durch Kredite finanziert werden müssen und dass sich daraus die Gesamtverschuldung der Stadt unter Berechnung eines Zinssatzes von 2,5 % bis zum Jahr 2023 in Höhe von 214 Mio. Euro ergeben wird. Daraus ergibt sich eine **Verdreifachung der derzeitigen Pro-Kopf-Verschuldung** der Bürgerinnen und Bürger Dinslakens bis zum Jahr 2023.

Darüber hinaus ist aus der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 erkennbar, dass sich das jährliche Defizit auch langfristig im knapp zweistelligen Millionenbereich (ca. 10 Mio. Euro) bewegen wird und der Verzehr des Eigenkapitals unverändert voranschreiten wird. Trotz Bemühungen auf Bundes- und Landesebene ist nicht zu erkennen, dass sich die Grundlage der kommunalen Finanzierung in den nächsten Jahren verändern wird, so dass die eigenen Bemühungen zur Bewahrung des Eigenkapitals verstärkt werden müssen. Der städtische Haushalt wird in den nächsten Jahren nur unter Zugrundelegung einer erhöhten Ausschüttung der Stadtwerke Dinslaken GmbH den gesetzlichen Anforderungen zum Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung gerecht werden können.

Die CDU-Fraktion hält die weitere Erhöhung der Pro-Kopf-Verschuldung für nicht verantwortbar, wenn nicht verbindlich erklärt und durch einleitende Maßnahmen erkennbar veranlasst wird, dass die Verschuldung auch wieder zurückgeführt wird.

Deshalb müssen Leitlinien für die Investitionspolitik vorgegeben werden.

Die CDU-Fraktion sieht die dringende Notwendigkeit, dass die Stadt ihre Bemühungen zum finanziellen Ausgleich des städtischen Haushaltes, sowie zur gezielten Steuerung der Neuverschuldung, verstärkt. Die bisher von der CDU-Fraktion mitgetragene Investitionspolitik muss in Hinsicht auf die finanzielle Wirkung stärker kontrolliert werden. Daher sind Planungen, die Investitionen auslösen, von Anbeginn in einen aufzustellenden Investitionsrahmenplan einzustellen und gesamtheitlich zu betrachten.

Beispiele der jüngsten Vergangenheit, wie Bau des Bildungszentrums Hagenstraße, oder die Sanierung der Bezirkssportanlagen, zeigen, dass Prozesse nicht mehr aufzuhalten sind, wenn erst einmal Erwartungen geweckt worden sind, oder gar Versprechungen gemacht wurden, ohne dass die oft immensen finanziellen Folgen am Anfang des Prozesses abzusehen waren.

Umso mehr ist jede Investition hinsichtlich ihrer grundlegenden Notwendigkeit, ihrer Größe und der Folgekosten auf den Prüfstand zu stellen und in eine gezielte Investitionsrahmenplanung einzustellen. Wir haben auch für die Entschuldungschancen nachfolgender Generationen Sorge zu tragen.



-Seite 2 -

Vor diesem Hintergrund beantragt die CDU-Fraktion:

Die Neuauflage eines freiwilligen Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2020-2023 mit einem zu beschreibenden Konsolidierungsvolumen in Höhe von 10 Mio. Euro, unter Einbeziehung der maximalen Beiträge der städtischen Beteiligungen, mit dem Ziel des Haushaltsausgleiches bis 2023.

Die Darlegung aller im Haushaltsplan 2019 und der mittelfristigen Finanzplanung abgebildeten Investitionen, einschl. der jeweiligen Beschlussfassung, sowie der durch Übertragungsermächtigung genehmigten Investitionen der Vorjahre, sowie der aus Sicht der Verwaltung bis zum Jahr 2023 notwendigen Investitionen und deren Auswirkungen auf die Entwicklung der Netto-Neuverschuldung.

Die Erarbeitung einer Investitionsplanung bis 2023, unter Festsetzung einer maximalen Gesamtverschuldung, sowie einer möglichen Rückführung der Pro-Kopf-Verschuldung auf den aktuellen Stand (rd. 1.500 Euro pro Kopf) bis spätestens 2030.

Auch wenn Investitionen im Sinne einer intergenerativen Gerechtigkeit sinnvoll und notwendig sind, darf die Verschuldung der Stadt nicht außer Betracht bleiben. Der Hinweis auf den Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip auf Landes- und Bundesebene kann zwar als Begründung für das städtische Haushaltsdefizit herangezogen werden, entbindet uns aber nicht von der Verantwortung, die Pro-Kopf-Verschuldung der Dinslakener Bürgerinnen und Bürger in einem verantwortbaren Maß zu halten.

Wir bitten um eine baldmöglichste Vorlage der o.a. Darstellungen.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Wansing  
(Fraktionsvorsitzender)

Horst Miltenberger  
(Sprecher Fachbereich Finanzen)

Viele Menschen - ein Ziel:



Toleranz

Kopie des Schreibens an:  
Fraktionen und Stadtverordnete im Rat der Stadt